

„Wechselseitige Schuldzuweisungen helfen nicht weiter“

Bühler CDU-Fraktionsvorsitzende Margret Burget-Behm kritisiert Krankenhaus-Stellungnahme von Beate Böhlen

Bühl (red). Mit Unverständnis reagiert die CDU-Fraktionsvorsitzende im Bühler Gemeinderat, Margret Burget-Behm, auf die ihrer Ansicht nach parteipolitisch gefärbte Mitteilung der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) zur Resolution des Bühler Gemeinderats in Sachen Klinken: „Verstehen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht verstehen, dass diese ständigen wechselseitigen Schuldzuweisungen zwischen Bund und Land die Probleme der Krankenhäuser im Südwesten nicht lösen? Mit der Krankenhaus-Resolution des Bühler Gemeinderates an alle Abgeordnete von Land und Bund aller Parteien wollten wir gerade dieses Ping-Pong-Spiel beenden. Nun beginnen Sie es von Neuem. Auch die Arbeits- und Pflegebedingungen sind eng mit der Unterfinanzierung der Krankenhäuser verbunden.“

Burget-Behm appelliert an Böhlen, die sachliche Ebene nicht wieder zu verlassen: „Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser im Südwesten ist kein allei-

niges Verschulden des Bundes, der mit der Deckelung der Betriebskosten die Krankenkassenbeiträge der Bürger niedrig halten will, sondern in erster Linie ein Versagen des Landes Baden-Württemberg und dessen verantwortlichem Sozialminister.“ Auch auf die Landesbasisfallwerte, die zur Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser vorgeschlagen werden, habe das Land einen gewissen Einfluss, wie das Beispiel Rheinland Pfalz zeige. „Es ist also mitnichten nur der Bund“, so Burget-Behm.

Sie weist in diesem Zusammenhang auf Paragraf 6, Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) hin. Demnach hätten die Länder die Verantwortung für die Vorhaltung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern: „Die

Länder stellen zur Verwirklichung der in § 1 KHG genannten Ziele Krankenhauspläne und Investitionsprogramme auf.“

„Und wohin die Reise geht, wissen wir seit Anfang dieses Jahres: Sozialminister Manne Lucha (Grüne) will die Anzahl der Kliniken im Land deutlich reduzieren (ABB vom 19. Februar) – und zwar von 250 auf 200. Burget-Behm: „Dazu muss man wissen, dass wir in Baden-Württemberg mit 5,2 Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner jetzt schon die niedrigste Bettendichte in Deutschland haben. Der Durchschnitt in Deutschland beträgt 6,1 Betten pro 1000 Einwohner, in Bremen ist die Bettendichte mit 7,2 am höchsten.“

Minister Lucha spreche im Bezug auf die kleinen Krankenhäuser despektierlich von „Tante-Emma-Krankenhäusern“, die es abzuschaffen gelte. Auf die

Frage nach den immer längeren Anfahrtswegen antwortet er: Die Menschen bräuchten sich keine Sorgen machen, „der Notarztwagen der Zukunft wird eine rollende Intensivstation sein“. Dazu Burget-Behm: „Kann man sich dies auf der übervollen A5 vorstellen? Wer sorgt für die Bezahlung dieser rollenden Intensivstationen, der Bund oder das Land? Hier beginnt das Spiel um die finanzielle Verantwortung von Neuem.“

Die Bühler Fraktionsvorsitzende weist in der Mitteilung auch auf die Debatte über die Zukunft des Ortenau-Klinikums in Offenburg hin: Dort fordern die Grünen ebenfalls eine Reduzierung der Klinikstandorte beziehungsweise die Konzentration der Akutkrankenhäuser auf einige wenige Standorte (ABB vom 2. März). „Frau Böhlen möge also damit aufhören, bei der Suche nach Lösungen mit parteipolitischen Nebelkerzen für Verwirrung zu sorgen“, so Burget-Behm.

Appell zur Sachlichkeit